

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	13
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen	17
I. Der allgemeine Gleichheitssatz im (Erb-) Steuerrecht	17
1. Überblick	17
2. Allgemeinheit der Besteuerung als Statusgleichheit	19
3. Gleichmäßigkeit der Besteuerung als Belastungs- bzw. Gestaltungsgleichheit	21
a) Überblick	21
b) Konkretisierung durch die Rechtsprechung des BVerfG zum allgemeinen Gleichheitssatz	23
(1) Willkürverbot und Differenzierungsgrund	23
(2) Unterschiedliche Prüfungsanforderungen	25
(a) Sachverhalts- bzw. verhaltensbezogene Ungleichbehandlungen	26
(b) Personenbezogene Ungleichbehandlungen	26
(c) spezielle Fallgruppen	28
(3) Gebot der Folgerichtigkeit	30
c) Konkretisierung durch das (Fundamental-) Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit als steuerspezifischem Vergleichsmaßstab	31
(1) Inhalt	32
(2) Fundamentalprinzip und spezifischer Vergleichsmaßstab	34
(3) (Fehlende) Kodifizierung des Leistungsfähigkeitsprinzips	36
(4) Eingeschränkter Geltungsbereich	38
II. Familienbezogene Regelungen im Steuerrecht – Verfassungsrechtliche Gebotenheit und Grenzen	40
I. Der besondere Schutz von Ehe und Familie nach Art. 6 I GG im Steuerrecht – Benachteiligungsverbot und Förderungsgebot	40
a) Überblick	40
b) Der (enge) Familienbegriff	41
c) Das Benachteiligungsverbot im Steuerrecht	43
d) Schutzabstandgebot?	46
e) Das Förderungsgebot im Steuerrecht	47

2. Abgrenzung familienbezogener Fiskal- und Sozialzwecknormen und Bedeutung des sog. Familienprinzips	49
3. Einordnung der familienbezogenen Regelungen im Erbschaftsteuerrecht	50
III. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit und Grenzen (erbschaft-) steuerlicher Sozialzwecknormen	51
1. Einordnung von Sozialzwecknormen in das steuerliche Normensystem und Begriffsklarstellung	51
2. Gezielte Abweichungen vom Leistungsfähigkeitsprinzip durch Steuervergünstigungen oder Steuersonderbelastungen	53
a) Lenkungsnormen	54
(1) Steuersonderbelastungen	54
(2) Steuervergünstigungen	55
b) Steuervergünstigende Umverteilungsnormen	56
c) Einordnung und Besonderheiten der erbschaftsteuerlichen Verschonungsregelungen	56
(1) Die Verschonungssubventionen	56
(2) Die familienbezogenen Verschonungsregelungen	57
3. Grundsätzliche Zulässigkeit von Verschonungsregelungen bei Beachtung des Willkürverbotes	58
4. Rechtfertigung von (erbschaftsteuerlichen) Verschonungsregelungen	60
a) Unzulässigkeit einer Rechtfertigung als Fiskalzwecknorm	60
b) Rechtfertigende Prinzipien	62
(1) Gemeinwohlprinzip	62
(2) Bedürfnisprinzip	64
(3) Verdienstprinzip	67
(4) Familienprinzip	69
c) Feststellung der Prüfungsanforderungen für steuerliche Verschonungsregelungen	69
d) Übermaßverbot bzw. Verhältnismäßigkeit	72
(1) Geeignetheit	72
(2) Erforderlichkeit	73
(3) Angemessenheit	74
(a) Gleichmäßige Umsetzung des Gemeinwohlprinzips	74
(b) Rechtfertigung des Ausmaßes der Begünstigung	78
e) Prüfungsschema	79
IV. Verfahrensfragen bei der Geltendmachung einer Verletzung von Art. 3 I GG durch eine Steuervergünstigung	80
1. Folgen einer Verletzung des Gleichheitssatzes	80

2. Entscheidungserheblichkeit bzw. Beschwerdebefugnis	83
C. Reflektion der jüngeren Entwicklung der Erbschaftsteuer	93
I. Überblick	93
II. Die Einheitswertbeschlüsse (1995)	94
1. Überblick	94
2. Verfassungswidrigkeit wegen Verstoßes gegen Art. 3 I GG	95
3. Aussagen zu verfassungsrechtlich gebotenen Verschonungsregelungen	99
a) Überblick	99
b) Begünstigung von „mittelständischem“ Betriebsvermögen	101
c) Steuerfreistellung eines „durchschnittlichen“ Einfamilienhauses (Familienprinzip)	106
III. Neuregelungen durch das JStG 1997	108
1. Überblick	108
2. Neuerungen auf der Bewertungsebene	109
3. Neuerungen auf der Verschonungsebene	111
4. Fazit zur „Reform“	115
IV. Vorlagebeschluss des BFH vom 22.05.2002	116
1. Das Verfahren im Überblick	116
2. Begründung der Vorlage	120
3. Reaktionen auf den Vorlagebeschluss	125
V. Der Beschluss des BVerfG vom 07.11.2006	127
1. Zulässigkeit der Vorlage	128
2. Leitsätze	130
3. Vorgaben des Art. 3 I GG für das Erbschaftsteuerrecht	131
a) Allgemeine Vorgaben	131
b) Gemeiner Wert als Bewertungsziel	132
c) Zulässigkeit von Verschonungsregelungen	135
4. Verfassungsverstöße bei den einzelnen Vermögensarten	141
a) Betriebsvermögen	141
b) Anteile an Kapitalgesellschaften	144
c) Grundvermögen	146
d) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	153
5. Unvereinbarkeitserklärung	155
D. Darstellung der Neuregelungen durch das Erbschaftsteuerreform- und Wachstumsbeschleunigungsgesetz und verfassungsrechtliche Würdigung	161
I. Überblick	161

II. Herstellung eines Bewertungsmaßstabes?	163
1. Bewertungsziel gemeiner Wert	163
2. Die Bewertungsverfahren der einzelnen Vermögensarten	166
a) Unternehmensvermögen	166
(1) Bewertung mit gemeinem Wert und Rechtsformneutralität	166
(2) Vergleichswertverfahren	167
(3) Bewertung nach anderer anerkannter Methode	169
(4) Vereinfachtes Ertragswertverfahren	173
(5) Fazit	179
b) Grundbesitz	180
(1) unbebaute Grundstücke	182
(2) bebaute Grundstücke	186
(3) Sonderfälle (insb. Erbbaurechtsfälle)	191
c) land- und forstwirtschaftliches Vermögen	193
d) sonstige Vermögensgegenstände	198
e) ausländisches Vermögen	200
3. Fazit	201
III. Die neuen Verschonungssubventionen	202
1. Die Steuerbefreiung nach §§ 13a, 13b ErbStG n.F.	202
a) Inhalt, Ziele und Ungereimtheiten der Regelung	203
(1) Verschonungsabschlag i.H.v. 85 %	203
(2) Begünstigtes Vermögen	205
(a) Definition des Schonvermögens in § 13b I ErbStG n.F.	205
(b) Schädliches Verwaltungsvermögen	209
(c) Regelung bei Weitergabe des begünstigten Vermögens	220
(3) Abzugsbetrag bis max. 150.000 €	222
(4) Verlangtes Wohlverhalten	223
(a) Lohnsummenmodell	224
(b) Behaltensregelung und Reinvestitionsklausel	228
(5) Das „Optionsmodell 100“	235
b) Verfassungsrechtliche Würdigung	237
(1) Feststellung des Normentyps und des umzusetzenden Prinzips	238
(2) Ermittlung der Prüfungsanforderungen	238
(3) Überwachung des Willkürverbots	241
(4) Verhältnismäßigkeit	244
(a) Geeignetheit	244
(b) Erforderlichkeit	245
(c) Angemessenheit	247
(aa) Gleichmäßige Umsetzung des Verdienstprinzips	247

(aaa) Außengerechtigkeit	248
(bbb) Binnengerechtigkeit	253
(ccc) Verhaltenslenkung	258
(bb) Rechtfertigung des Ausmaßes der Begünstigung	260
2. Die Tarifbegrenzung nach § 19a ErbStG n.F.	263
a) Inhalt und Ungereimtheiten der Regelung	263
b) Verfassungsrechtliche Würdigung	267
3. Die Steuerbefreiung nach § 13c ErbStG n.F.	269
a) Inhalt, Ziele und Ungereimtheiten der Regelung	269
b) Verfassungsrechtliche Würdigung	271
(1) Feststellung des Normentyps und des umzusetzenden Prinzips	271
(2) Ermittlung der Prüfungsanforderungen	272
(3) Überwachung des Willkürverbots	273
(4) Verhältnismäßigkeit	273
IV. Die neuen ehe- und familienbezogenen Verschonungsregelungen und die neue Tarifstruktur	276
1. Die Steuerfreistellung des Familienheims nach § 13 I Nr. 4a)-c) ErbStG n.F.	276
a) Inhalt, Ziel und Ungereimtheiten der Regelung	276
b) Verfassungsrechtliche Würdigung	279
(1) Feststellung des Normentyps und des umzusetzenden Prinzips	279
(2) Ermittlung der Prüfungsanforderungen	280
(3) Überwachung des Willkürverbots	281
(4) Zielgenauigkeit	282
(5) Normenklarheit	287
2. Ausweitung der Begünstigung der „Kernfamilie“ durch Neuregelung der persönlichen Freibeträge und der Tarifstruktur	288
a) Inhalt und Ziel der Regelungen	288
b) Verfassungsrechtliche Würdigung	291
(1) Die persönlichen Freibeträge nach §§ 16, 17 ErbStG n.F.	292
(2) Die Tarifstruktur nach § 19 ErbStG n.F.	295
V. Milderung der Doppelbelastung mit Einkommensteuer durch § 35b EStG n.F.	297
1. Verschärfung der Doppelbelastungsproblematik	297
a) Veräußerungs-/Aufgabe-/Entnahmefälle	298
b) Anwendungsfälle des Zuflussprinzips	300
c) Fälle der Gewinnthesaurierung	302

2. Gebot der Folgerichtigkeit und Übermaßverbot als verfassungsrechtliche Vorgaben	304
3. Steuerermäßigung nach § 35b EStG n.F. als Mittel zur Abschwächung der Doppelbelastung	305
a) Technik des § 35b EStG n.F.	305
b) eingeschränkter Anwendungsbereich	307
4. Lösungsvorschlag	312
E. Gedanken zur Zukunft des Erbschaftsteuerrechts	317
I. Große Wahrscheinlichkeit weiterer Reformen	317
II. Blick über die Grenze	318
III. Generelle (Un-)Vereinbarkeit der bewertungsgesetzabhängigen Steuerarten mit Art. 3 I GG?	326
IV. Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungsteuer?	327
V. Alternative Reformmodelle	332
1. Anforderungen an eine „moderne“ Erbschaftsteuer	332
2. Das Abzinsungsmodell	333
3. Schedulare Ausgestaltung der Erbschaftsteuer	333
4. Erbschaft- und Schenkungsteuer als Ertragsteuer	335
5. Liquiditätsbezogene Ausgestaltung der Erbschaftsteuer	337
6. Integration in die Einkommensteuer	338
7. Erbschaft- und Schenkungsteuer als „Flat-Tax“	339
F. Thesenartige Zusammenfassung	345
Literaturverzeichnis	353